

FÖDERALISMUSREFORM

Sachverstand außer Dienst

VON SIBYLLE QUENETT

Es geht um nichts weniger als die bundesstaatliche Ordnung Deutschlands und um sehr viel Geld. Auf dem Podium der Bundespressekonferenz in Berlin sitzen am Donnerstag 289 Jahre gebündelter Sachverstand – allerdings a. D. Außer Dienst mögen sie sein, der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog (73), der frühere Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (79), der Staatsrechtler Rupert Scholz (70) und Ex-Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (67), doch in der Pflicht fühlen sie sich noch allemal. Gemeinschaftlich drängen sie Bund und Länder, in den kommenden Monaten die Föderalismusreform II voranzutreiben, die die Finanzströme zwischen den Ebenen neu ordnen soll.

„Der Konvent für Deutschland“, der sich die Reformfähigkeit des Landes zur Aufgabe gemacht hat, ist tief besorgt. Es könne nicht sein, dass sich die Kommission von Bund und Ländern am Ende nur mit der Verschuldungsfrage beschäftige, warnen die vier. Die große Koalition bietet eine „fast einmalige Chance“, die erforderlichen Mehrheiten für eine Änderung des Grundgesetzes zu finden, sagt Herzog, Vorsitzender des Konvents. Clement macht Druck und spricht nur noch von Monaten, die man Zeit habe.

„Die Föderalismusreform I macht nur Sinn, wenn auch die Fi-

nanzverfassung reformiert wird“, hält Herzog fest. Der Konvent hat sich Gedanken gemacht, wie diese Reform aussehen müsste: So sollten Steuern, die den Ländern zustehen, auch von diesen geregelt werden. In der Einkommens- und Körperschaftssteuer sollten die Länder Zu- oder Abschläge vornehmen können. Der Finanzausgleich zwischen den Ländern sollte abgeschafft und durch Bundeszuweisungen ersetzt werden. Selbst die Insolvenz von Gebietskörperschaften wäre für den Konvent kein Tabu.

Je länger Herzog, Dohnanyi, Scholz und Clement reden, desto

BERICHT AUS BERLIN

lebhafter werden sie. Die Politik der Bundesregierung kommt dabei nicht gut weg. Vor allem die Finanzierung der Kindertagesstätten durch Bund und Länder treibt die vier auf die Palme. „Verfassungswidrig“, sagt Scholz. Die Finanzierung sei nach der Föderalismusreform I ausschließlich Ländersache. Clement assistiert und spricht von „politischer Leichtfertigkeit“, mit der da vorgegangen werde. Es sei schon ungewöhnlich, dass man die Föderalismusreform I beschließe und dann genau das Gegenteil mache.